

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Vom 22. bis zum 24. Januar stehen wieder Hochschulwahlen an der Uni Göttingen an. Zu wählen sind das Studierendenparlament, Fachschaftsparlamente, Senat und Fakultätsräte sowie evtl. Fachgruppensprecher_innen. Details findet ihr in unserer Übersicht auf Seite 8.

Außerdem habt ihr die Möglichkeit, bei drei Urabstimmungen wichtige Fragen der Hochschulpolitik mitzuentcheiden. Neben dem schon bekannten Bahnsemesterticket gibt es Urabstimmungen über das Kultur- und ein Bussemesterticket. Infos dazu gibt es auf Seite 3.

Kurz vor den Hochschulwahlen findet außerdem am 20. Januar die Landtagswahl in Niedersachsen statt. Für Studierende besonders interessant ist dabei die Frage der Studiengebühren. Während CDU und FDP an den Gebühren festhalten, haben die Oppositionsparteien eine Abschaffung angekündigt. Auf Seite 4 präsentieren wir euch noch mal unsere Forderungen bzgl. der Abschaffung von Studiengebühren.

Neben vielen Artikeln findet ihr in dieser rot!ation kleine Kästen, die unsere Forderungen zusammenfassen. Das detaillierte Wahlprogramm findet ihr auf unserer Homepage (www.linke-kraft.de) oder bei unseren Wahlständen ab dem 14. Januar im ZHG und in der Norduni. Kommt vorbei, wir freuen uns auf euch! Und ganz wichtig: Geht wählen!

Eure Juso-Hochschulgruppe

Soziale Gerechtigkeit Für ein solidarisches Miteinander



Soziale Gerechtigkeit hat für die Juso-Hochschulgruppe Göttingen oberste Priorität. Mehr soziale Gerechtigkeit an Hochschulen – keine andere hochschulpolitische Forderung ist so umfassend und aktuell. Studentische Sozialpolitik bedeutet für uns freie Bildung für alle sowie der Abbau von Barrieren jeglicher Art. Wir sehen im Kampf für soziale Gerechtigkeit sechs zentrale Handlungsfelder:

■ Eltern- und altersunabhängiges BAföG

1. Die Durchsetzung des alters- und elternunabhängigen BAföG sowie eine Bedarfsanpassung der BAföG-Sätze, die die realen Lebenshaltungskosten der Studierenden abdecken und individuelle Bildungsverläufe flexibel unterstützen. Das soll all jenen

ein Studium ermöglichen, deren Eltern dazu nicht in der Lage sind. Um diese Forderung durchzusetzen, beteiligen wir uns sowohl auf Bundesebene der Juso-Hochschulgruppen als auch im studentischen Dachverband, dem freien Zusammenschluss von studentInnenenschaften (fzs), an einer BAföG-Novellierung. Wichtig ist für uns hier vor allem eine starke studentische Position gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

■ Familienfreundliche Hochschule

2. Die Erleichterung des Studiums mit Kind durch zusätzliche finanzielle Unterstützung und die Möglichkeit, das Studium flexibler zu gestalten. Außerdem fördern wir den Ausbau der

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

familienfreundlichen Hochschule und fordern in diesem Zusammenhang ausreichend Plätze für eine kostenlose Ganztagsbetreuung an der Hochschule. So haben wir u.a. in der Gleichstellungskommission der Sozialwissenschaftlichen Fakultät dazu beigetragen, die Sichtbarkeit des Eltern-Kind-Raumes in der WiSo-Bibliothek zu erhöhen. Wir sind gegen das Betreuungsgeld, das als „Herd-Prämie“ nicht zu einer grundständigen Ganztagsbetreuung führt, sondern dafür sorgen wird insbesondere Frauen von einem Studium bzw. einem Studienabschluss abzuhalten.

■ **Studium mit Behinderung ermöglichen**

3. Der Abbau physischer und informationeller Barrieren für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, um auch ihnen ein Studium frei von Einschränkungen zu ermöglichen. Um hier erstmals eine ei-

genständige Interessenvertretung zu gewährleisten, setzen wir uns im AstA nachdrücklich für die Einrichtung eines autonomen Behinderten-Referats ein. Um außerdem allen Studierenden den Zugriff auf das Kultur- und das Bussemesterticket des AstA zu gewährleisten, werden wir uns für eine Überführung beider Tickets in die LeMSHO einsetzen, damit abseits von finanziellen Härten eine Nutzung der Angebote möglich ist.

■ **Studierende aus Erstakademiker_innenfamilien fördern**

4. Von 100 Kindern aus Akademiker_innenhaushalten beginnen 71 ein Studium, von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker_innenhaushalten sind es bloß 24. Wir fordern daher die individuelle Förderung dieser Studierenden sowie die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte durch eine gleichwertige Anerkennung.

■ **Gleichstellung konsequent vorantreiben**

5. Die Förderung der Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Wir fordern die Gleichberechtigung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb sowie gleiche Rechte für ausländische Studierende und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten.

■ **Bildungssystem ausfinanzieren**

6. Einzelne Bildungseinrichtungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Einzelne Leuchtturm-Projekte, wie z.B. die Exzellenzinitiative, führen nicht zu einer soliden Finanzierung der Hochschulen. Wir wollen keine temporäre Eliteförderung,

sondern einen grundständigen und nachhaltigen finanziellen Ausbau des gesamten Bildungssystems.

■ **Mehr Rechte für SHKs**

7. Wir fordern eine Beteiligung der studentischen Hilfskräfte im Personalrat, um eine studentische Perspektive einbringen zu können. Wir wollen uns in erster Linie für längere Vertragslaufzeiten und einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte ohne Abschluss mit einer Entlohnung von mindestens elf Euro die Stunde einsetzen.

■ **Demokratie, Teilhabe und Bildung sichern**

Deshalb bedarf es einer gerechten Bildungs- und Hochschulpolitik, die durch eine stärkere Belastung höherer Einkommen und Vermögen finanziert werden kann. In Zeiten von europaweiter Finanzkrise und Jugendarbeitslosigkeit ist für uns klar: Bildung darf als Grundsockel dieser Gesellschaft nicht weiter kaputt gespart werden.

Die Ökonomisierung der Hochschulen und die Fokussierung auf die Bereitstellung von Humankapital schreiten weiter voran und gerade deshalb treten wir als Juso-Hochschulgruppe Göttingen weiter für verbindliche und soziale Regeln an Hochschule und in der Gesellschaft ein. Dem Trend der wachsenden sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft muss entgegengewirkt werden! Demokratie, Bildung und Teilhabe dürfen nicht zum Spielball in der politischen Machtverteilung werden!

Wir fordern mehr soziale Gerechtigkeit, für ein solidarisches Miteinander!

Impressum

Auflage: 3500
 Druck: Pachnicke Druck Göttingen,
 gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Vincent Lindner

Kontakt:
 Juso-Hochschulgruppe
 c/o SPD-Stadtverband Göttingen
 Nikolaistraße 30
 37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de
www.twitter.com/JusoHSG_goe
www.facebook.com/JusHSG.goe



Friedhelm Esters
 Politik / Geschichte
 Senat: Platz 1



Silke Hansmann
 GeFo / Geschichte
 StuPa: Platz 1



Vincent Lindner
 WSG / Politikwissenschaft
 StuPa: Platz 2



Amina Yousaf
 Sozialwissenschaften
 StuPa: Platz 3

Direkte Demokratie jetzt!

Die wahlparallelen Urabstimmungen

Vom 22. bis zum 24. Januar werden nicht nur die verschiedenen Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung gewählt (für weitere Infos siehe Seite 8), sondern auch über drei verschiedene Semestertickets abgestimmt. Doch nun Klartext: Worüber könnt ihr eigentlich abstimmen?

Zum einen stellt der AStA euch das Bahnsemesterticket zur Wahl. Dieses ist seit vielen Jahren etabliert und steht wie jedes Jahr zur Abstimmung. Als wohl wichtigste Strecken beinhaltet es die des metronom bis nach Hamburg, das Regionalverkehrsnetz

Worüber ihr abstimmt (jeweils für das WiSe 2013/14 und das SoSe 2014):

- Bahnsemesterticket (WiSe 82,61 €, SoSe 82,31 €)
- Kunst- und Kulturticket (je 8,55 €)
- Bussemesterticket (je 25,80 €)

der Deutschen Bahn in Niedersachsen und zum Teil darüber hinaus sowie einige Strecken der cantus, die euch nach Hessen führen.

Weiterhin wird euch zum zweiten Mal das Kunst- und Kulturticket zur Wahl gestellt. Dies ermöglicht euch freien oder stark vergünstigten Eintritt in viele Kultureinrichtungen. Darunter sind alle drei Göttinger Theater (DT, JT, ThOP), das Göttinger Sinfonieorchester, das APEX, die Musa und viele mehr. Neu dabei ist beispielsweise das Literarische Zentrum.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren könnt ihr wieder über ein Bussemesterticket abstimmen, dass euch die kostenlose Busbenutzung innerhalb Göttingens sowie bis nach Bovenden und Rosdorf ermöglicht.

Macht von eurem Recht, mitzubestimmen, Gebrauch und gebt eure Meinung zu den einzelnen Tickets ab. Nur so könnt ihr direkt entscheiden, was für euch wichtig ist.

Keine Frage – Zivilklausel kommt!

Soll der AStA der Universität Göttingen sich dafür einsetzen, dass folgende Zivilklausel in der Grundordnung und im Leitbild der Universität verankert wird und dass jegliche Forschungsprojekte mit militärischem Bezug transparent gemacht werden:

„Die Universität strebt eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung an. Die Universität ist dem Frieden verpflichtet. Die an ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berücksichtigen neben der Machbarkeit der Wissenschaft nach Möglichkeit auch deren Folgen und ihre Beherrschbarkeit mit dem Ziele einer friedlichen Gesellschaft. Kooperationen mit militärischen Einrichtungen

sind an dieser Universität nicht erwünscht.“

Diese Frage hättet ihr beantworten können, der AStA hatte geplant, eine Urabstimmung unter den Studierenden durchzuführen, aber: „Das sind keine Belange der Studierendenschaft“. Das war das Argument, mit dem die ADF bei der Abstimmung im Studierendenparlament die Urabstimmung zur Zivilklausel verhindert hat. Für uns ist klar: Studentische Mitbestimmung sieht anders aus. Wir hätten es wichtig gefunden, das offizielle Votum der Studierendenschaft zu diesem Thema einzuholen, um in den Verhandlungen mit dem Senat gegebenenfalls eine bessere Position

zu haben. Die Formulierung der Frage war auch mit der universitären Rechtsabteilung abgesprochen und entsprach nach deren Verständnis den jeweiligen Ordnungen.

Sie war das Ergebnis von über Monaten geführten Gesprächen mit Unipräsidentin Beisiegel und dem Leiter der Rechtsabteilung Bayas. Auch ohne Urabstimmung werden wir weiter im Gespräch mit Senat und Studierenden bleiben. Unsere Hoffnung und Forderung bleibt, dem Thema Krieg und Frieden eine angemessene Stellung im Diskurs zur Forschungs- und Lehrpraxis einzuräumen.



Tobias Fritzsche
Geschichte / Politik
StuPa: Platz 4



Marie-Christine Reinert
Medizin
StuPa: Platz 5



Thorben Klünder
Jura
StuPa: Platz 6



Cornelia (Nele) Seiberl
Jura / Psychologie
StuPa: Platz 7

Gerecht geht anders...

Weg mit Studiengebühren! – Her mit freier Bildung!

„500 Euro pro Semester tun keinem weh“, sagte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Horst Hippler in der Frankfurter Rundschau. Sollten wir über diese absurde Ansicht des Präsidenten der „Stimme der Hochschulen“ nun lachen oder weinen? Braucht es doch nicht mehr als den gesunden Menschenverstand, um zu begreifen, warum Studiengebühren sofort abgeschafft werden müssen.

■ Studiengebühren halten junge Menschen vom Studium ab!

Um in Niedersachsen ein Studium beginnen zu können, braucht es Geld. Viele Befürworter_innen der Studiengebühren mögen es sich kaum vorstellen können, aber nicht für alle Studierenden ist die Aufbringung von 500 Euro pro Semester eine Selbstverständlichkeit. Denn sie haben nicht

alle finanzstarke Eltern im Rücken, für die Studiengebühren kein Problem sind. Die Frage, wie und ob sich ein Studium überhaupt stemmen lässt, stellt sich vor allem Arbeiter_innenkindern und Jugendlichen, deren Eltern keine Akademiker_innen sind. Noch viel zu oft nehmen junge Menschen kein Studium auf, weil sie die finanzielle Belastung fürchten.

Das ist mit dem Ideal der durchlässigen Gesellschaft in keiner Weise vereinbar, deshalb müssen die Studiengebühren endlich fallen!

■ Studiengebühren erschweren jungen Menschen das Studium!

Doch nicht nur diejenigen, die sich von der Finanzierung eines Studiums gänzlich abgeschreckt fühlen, werden benachteiligt, sondern auch all jene, die sich der Herausforderung annehmen und damit auch Zweifel und Mühen aufladen.

Viel zu viele Studierende müssen neben dem durch den Bologna-Prozess ohnehin schon verschärften Studium, arbeiten gehen, um an Bildung partizipieren zu können, müssen die Familiensparnisse aufbrauchen oder müssen sich die Last eines Studienkredites aufladen, weil das BAföG nicht ausreicht. Deshalb ist es bittere Realität, dass für viele Studierende das Studium mit Ängsten und Verunsicherung verbunden ist, anstatt mit Neugier und Spaß. Diese Ungerechtigkeit steht dem selbstbestimmten Leben einer_s jeden von uns im Weg.

Damit muss Schluss sein!

■ Eine studiengebührenfreie, öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ist sehr wohl möglich!

Zu behaupten die adäquate Ausfinanzierung von Hochschulen ohne Studiengebühren sei unmöglich, ist nicht mehr als hochschulpolitische Augenwischerei. Es gibt eine lange Liste von Maßnahmen der Kompensation.

Das Kooperationsverbot etwa untersagt es dem Bund, die Länder in ihren Angelegenheiten, also auch in Sachen Bildung und Hochschulen, finanziell zu unterstützen. Das muss sich ändern: Der Bundeshaushalt 2012 sieht knapp 32 Mrd. Euro für Verteidigung vor, während Forschung und Bildung mit nur knapp 13 Mrd. Euro ausgestattet werden. Eine faire und solidarische Steuerpolitik muss ebenfalls zu einer gerechten Lastenverteilung beitragen.

Bildung ist ein Menschenrecht. Es muss vom Staat jedem allen Menschen gleichermaßen frei zur Verfügung gestellt werden. Denn Bildung ist keine Ware. Und auch wir Studierende sind keine Ware – kein Humankapital, das einzig und allein darauf aus ist, wirtschaftlich verwertbar zu sein. Unsere Triebfeder ist der Wille etwas zu lernen, Dinge zu hinterfragen und zu verstehen. Und keine von uns darf durch Studiengebühren daran gehindert werden!

Was fordern wir konkret?

- Abschaffung allgemeiner Studiengebühren zum Wintersemester 2013/14
- Abschaffung der Langzeitstudiengebühren
- Abschaffung der versteckten Studiengebühren, z. B. Rückmeldegebühren
- Kompensation der wegfallenden Gebühren durch Haushaltsmittel



Klaus Voß
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 10



Katharina Althofen
Politik / Anglistik
StuPa: Platz 11



Benjamin Söchtig
Politikwissenschaft / VWL
StuPa: Platz 12



Johanna Klingbeil
Jura
StuPa: Platz 15

■ Einfach machen – Aktiv werden und Studiengebühren abstrafen: Landtagswahl 2013

Am 20. Januar 2013 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Alle etablierten Parteien wollen die Studiengebühren bei einer Regierungs- teiligung abschaffen – bis auf CDU und FDP. Aus diesem Grund rufen Wir dazu auf, diese schwarz-gelbe Regierung abzuwählen, um den Weg für faire und freie Bildung, für eine gerechte und durchlässige Gesellschaft endlich frei zu machen!

Um den öffentlichen Druck auf die Politik weiter zu erhöhen und mediale Präsenz zu erwirken, ruft die Landes- AstenKonferenz (LAK) alle Studierende und Unterstützer_innen zudem dazu auf, am 18. Januar zahlreich an

der Demonstration gegen Studienge- bühren in Hannover teilzunehmen! Solidarisch mit jedem Mitstreiter und jeder Mitstreiterin, wollen und

werden wir den Kampf gegen Studien- gebühren solange fortsetzen, bis er schließlich gewonnen ist!

Wahllisten-Plätze

- Studierendenparlament:** Liste 3
- Senat (Rot-Grün):** Liste 1
- Fachschäftsparlament der Philosophi- schen Fakultät (Rot-Grün):** Liste 3
- Fakultätsrat der Philosophischen Fa- kultät (Rot-Grün):** Liste 1
- Fachschäftsparlament der Sozialwis- senschaftlichen Fakultät (Rot-Grün):** Liste 2
- Fakultätsrat der Sozialwissenschaftli-**

- chen Fakultät (Rot-Grün):** Liste 1
- Fachschäftsparlament der Wirt- schaftswissenschaftlichen Fakultät:** Liste 1
- Fakultätsrat der Wirtschaftswissen- schaftlichen Fakultät:** Liste 2
- Fachschäftsparlament der Juristi- schen Fakultät: (AsJ-HSG):** Liste 3
- Fakultätsrat der Juristischen Fakultät (AsJ-HSG):** Liste 3

Studiwerk: Faire Mieten – Faire Preise

Ein Teil ist geschafft! Sowohl in der Turm- als auch in der Zentralmensa gibt es vegetarische und vegane Gerichte. Diese haben nicht das Ziel, den Fleischfanatiker_innen ihr Essen zu vermiesen, sondern ein vielfältiges Angebot zu schaffen, sodass jede_r das essen kann, was er oder sie für richtig hält und mag. Wichtig ist hier- bei, dass es bezahlbare, faire Preise gibt. Besonders das günstigste Gericht "Eintopf" muss günstig bleiben, damit sich jede_r eine Mahlzeit am Campus leisten kann. Das allgemeine Angebot sollte erweitert werden. Besonders vor den Öffnungszeiten der Mensen ist das Angebot in den Cafés primär auf herzhaft belegte Brötchen beschränkt. Der Free-Flow-Bereich in der Zentral- mensa könnte morgens für eine Art

Frühstücksbuffet genutzt werden. Im Beilagenbereich könnte ein Auswahl an Müsli und Frühstücksflocken ange- boten werden. Der Grill könnte für ein "English Breakfast" mit Rührei, Bacon und Würstchen genutzt werden. Eine Auswahl an verschiedenen Brötchen, Wurst- und Käsesorten, Aufstrichen und Marmeladen ergänzt das Früh- stücksangebot.

Wir setzen uns neben günstigen Preisen beim Essen auch für günstige Mieten in den Wohnheimen ein. Das bedeutet für uns nicht, dass kleine Wohnheime geschlossen werden sol- len, oder Wohnheime zu Legebatte- rien mit Einzelappartements mit eigen- er Nasszelle und Kochnische umge- baut werden sollen. Wir setzen uns für den Erhalt unterschiedlicher Wohnfor-

men ein, die verschiedene Wohn- und Lebenskonzepte widerspiegeln. Die Wohnheime können nur so den sozia- len und kulturellen Austausch ermög- lichen.

Was fordern wir konkret?

- Vielfältige Gerichte zu bezahlba- ren Preisen
- Wohnheimplatzausbau und Erhalt aller vorhandenen Wohn- heime
- Vielfältige Wohn- und Lebens- möglichkeiten zu günstigen Mieten



Björn Brinkmann
Politik / Latein (Lehramt)
StuPa: **Platz 16**



Robert Witt-Schäfer
Politik / Germanistik
StuPa: **Platz 18**



Vanessa Lompe
Biologie
StuPa: **Platz 23**



Christian Cordts
Sozialwissenschaften
StuPa: **Platz 24**

Kurz und knapp: Landtagswahl

Am 20. Januar 2013 wird ein neuer niedersächsischer Landtag gewählt. Wahlberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger_innen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und vor dem 20. Oktober 2012 in Niedersachsen gemeldet waren. Alle Wähler_innen haben zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird ein_e Direktkandidat_in für den Wahlkreis gewählt, die Zweitstimme bestimmt über die prozentuale Verteilung der Parteien im Landtag. Eventuell entstehende Überhangmandate werden ausgeglichen.

Es ist auch möglich, per Briefwahl seine Stimme abzugeben. Die Unterlagen könnt ihr bei eurer Gemeinde beantragen. Sie müssen spätestens am 17. Januar 2013 wieder per Post zurückgeschickt werden.

Der niedersächsische Landtag wird für fünf Jahre gewählt, dabei stehen elf Parteien zur Wahl. Derzeit sind dort CDU, FDP, Grüne, Linkspartei und SPD vertreten.

Weitere Infos zur Wahl erhaltet ihr unter www.landeswahlleiter.niedersachsen.de.



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unseren **Mitgliederversammlungen**
Immer donnerstags um 20 Uhr c.t.
im Rosa-Luxemburg-Haus
(ASTA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)

Studierbarkeit, aber wie?

Verschulung, Leistungsdruck und Stress, so sieht der Studienalltag häufig aus. Doch die von uns an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät umgesetzten Vorstellungen eines selbstbestimmten Studiums erleichtern den Alltag. Zu den Erleichterungen zählen unter anderem die Abschaffung der Anwesenheitspflicht und die Reduzierung der Prüfungsleistungen auf eine pro Modul. Das ermöglicht es den Studierenden ihre Zeit selbst einzuteilen und sich auf die Inhalte zu konzentrieren, die zu den eigenen Interessen und Schwerpunkten passen. Hierfür muss es natürlich auch mehr Wahlmöglichkeiten geben, damit sich das Studium den Studierenden anpasst und nicht andersherum!

Eine weitere Möglichkeit, Druck von den Studierenden zu nehmen, ist die Einführung von Streichcredits, um "Ausrutscher" als bestanden werten

zu lassen ohne konkrete Note. Auch die Möglichkeit, Noten zu verbessern, beispielsweise durch Freiversuche, erleichtert den Uni-Alltag. Ein unbenotetes, erstes Semester kann es den Studierenden ermöglichen sich in der

Was fordern wir konkret?

- Abschaffung der Anwesenheitspflicht
- Nur eine Prüfungsleistung pro Modul
- Unbenotetes erstes Semester zur Orientierung
- Streichcredits, Freiversuche und entzerrte Prüfungstermine

Universität, dem Studium allgemein und dem gewählten Studiengang zu orientieren und einzuleben.

Ein weiterer Aspekt, der das Studium erleichtern kann, ist es, die Termine der Prüfungsleistungen zu entzerren. Es ist wenig sinnvoll, dass alle Klausuren innerhalb von zwei bis drei Wochen geschrieben werden müssen. Der Lerneffekt dabei ist zu gering. Auch ein kurzer Zeitraum für Hausarbeiten und ähnliche, wissenschaftliche Ausarbeitungen ermöglicht es nicht, sich tief in die Materie einzuarbeiten und sich wirklich damit auseinanderzusetzen, sondern lediglich an der Oberfläche zu kratzen. Semesterbegleitende Prüfungsformen und Entzerrungen reduzieren den Prüfungsstress und erhöhen sowohl den Lerneffekt als auch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden.



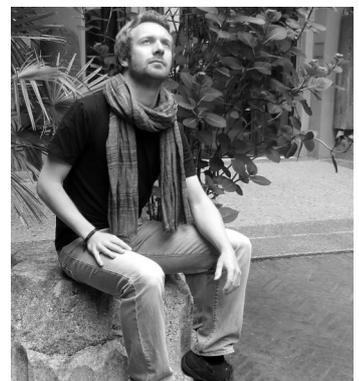
Janette Iking
Biologie
StuPa: **Platz 25**



Paul Dijkzeul
Mathe / Englisch (Lehramt)
StuPa: **Platz 26**



Malte Ehrich
International Economics
StuPa: **Platz 35**



Stefan Skubic
Latein / Biologie (Lehramt)
StuPa: **Platz 39**

Harmlose Wohngemeinschaften?

Zum Weltbild von Studentenverbindungen

Diskussionen um den Schriftleiter der Deutschen Burschenschaft (DB), Norbert Weidner, und erneute Versuche, einen „Ariernachweis“ einzuführen bestimmten in den vergangenen Monaten das öffentliche Bild der DB. Auf dem außerordentlichen Burschentag in Stuttgart hat sie nun ihre extrem rechte Ausrichtung bestätigt und verfestigt. Weidner, der Mitglied der inzwischen verbotenen Neonazi-Partei FAP war, wurde zwar knapp abgewählt, als vorsitzende Burschenschaft wurde aber die Wiener Teutonia gewählt. Erst 2007 beigetreten gehörte diese von Anfang an zu den ultrarechten Burschenschaften in der DB. In ihr fanden sich führende Kader der neonazistischen Terrororganisation VAPO, die zu Beginn der 1990er Jahre zerschlagen wurde und zu deren Zielen u.a. die „Neugründung der NSDAP“ gehörte. Das zeigt einmal mehr, dass der Dachverband, dem in Göttingen die Burschenschaft Holz-

minda angehört—die Hannovera ist im Dezember 2012 auf Druck der Alten Herren ausgetreten— entgegen eigener Äußerungen antidemokratisch, rassistisch und faschistisch geprägt ist. Wir lehnen daher jede Zusammenarbeit mit Burschenschäftlern ab.

Doch auch darüber hinaus betrachten wir Studentenverbindungen kritisch. Gründe sind das vorherrschende Frauenbild, das Frauen aus der politisch-gesellschaftlichen Sphäre ausschließt und nur als schmückendes Beiwerk betrachtet, und der elitäre Charakter aller Verbindungen. Zu ihren Zielen gehört stets, das Weiterkommen ihrer eigenen Mitglieder zu fördern und Karriere-Netzwerke zu schaffen. Auf diese Art werden Gruppen, die Nicht-Mitglied sein können, ausgeschlossen und systematisch diskriminiert. Verbindungen sind somit Beharrungskräfte bestehender Verhältnisse und stehen reform- und fortschrittsorientierten Programmatiken entgegen. Gleichzeitig sind Verbindungen nicht vereinbar mit dem universitären Leitbild, das Aspekte wie Gleichstellung, Internationalität und Vielfalt betont. Aus diesem Grund ist das Tragen studentischer Couleur auf dem Campus untersagt. Warum die Universität dennoch alle Göttinger Verbindungen auf ihrer Homepage aufführt und verlinkt, ist uns unklar.

Trinkgelage, bei denen insbesondere neue Verbindungsmitglieder zu Alkoholexzessen gezwungen werden

und der soziale Druck, den Verbindungen auf junge Studierende ausüben, sind ebenfalls abzulehnen Sie sind nicht mit einer freien und emanzipatorischen Entwicklung, die durch die Universität gefördert werden sollte, vereinbar. Aufs Entschiedenste lehnen wir auch Rituale wie das studentische Fechten ab. Dadurch soll ein Männlichkeitsbild vermittelt werden, dass sogenannte Sekundärtugenden wie Mut, Ehre, Tapferkeit etc. in den Vordergrund stellt und Männer ganz klar als das „starke Geschlecht“ verherrlicht. Dieses Bild hat sich ebenso wie das Mensur schlagen seit dem 19. Jahrhundert nicht verändert.

Aus all diesen Gründen kritisieren wir derzeit und auch zukünftig Verbindungen. Grundlegende Werte und Weltanschauungen sind nicht über einzubringen mit dem Kampf für eine weltoffene, demokratische und soziale Gesellschaft.

Was fordern wir konkret?

- Die Universität soll die Liste aller Studentenverbindungen von ihrer Homepage löschen.
- Keine Besuche auf Verbindungshäusern in O-Phasen
- Aufklärungskampagnen über Studentenverbindungen, vor allem für Erstsemester

Wahlprogramm

Das ganze Wahlprogramm der Juso-HSG Göttingen findet ihr hier:
www.linke-kraft.de



Benjamin Köster
 KAAE / Politikwissenschaft
 StuPa: **Platz 42**



Leif Antonschmidt
 Chemie
 StuPa: **Platz 51**



Bastian Tölke
 Sozialwissenschaften
 StuPa: **Platz 56**



Juso-Hochschulgruppe
 über 60 Kandidat_innen
 - immer die richtige Wahl

Schon durchgeblickt?

Welche Gremien stehen zur Wahl? Und was sind ihre Aufgaben?

■ Das Studierendenparlament

Über 400 Studierende kandidieren in diesem Jahr für das Studierendenparlament (StuPa), das oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft. Das StuPa bestimmt über die Verwendung seines Haushalts (das ist ein Teil des Semesterbeitrags aller Studierenden) – insgesamt ca. 2,5 Mio. Euro. Mit dem Geld werden u.a. das Semesterticket, die Sozialberatung sowie Info- und Kulturveranstaltungen finanziert. Das StuPa verabschiedet aber auch Resolutionen, initiiert Urabstimmungen und nimmt Einfluss auf Entscheidungen anderer Uni-Gremien. Auf seiner konstituierenden Sitzung wählt das StuPa den Ausschuss (AStA). Die ausländischen Studierenden an unserer Universität wählen zudem das Ausländische Studierendenparlament (ASP), aus dem der Ausländische Studierendenrat (ASR) hervorgeht.

■ Der AStA – Die studentische „Regierung“

Der AStA ist praktisch die Regierung der Studierendenschaft. Seine Aufgaben bestehen einerseits in der Interessenvertretung der Studierenden gegenüber der Universität, den politischen EntscheidungsträgerInnen und der Öffentlichkeit. Dazu gehört auch die landes- und bundesweite Vernetzung mit anderen AStAs. Andererseits sollte der AStA soziale und kulturelle Belange fördern und unterstützen, z.B. durch politische Diskussionsveranstaltungen, Konzerte sowie organisierte Demonstrationen. Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, gliedert sich der AStA in mehrere Referate (zurzeit: Vorsitz; Soziales; Finanzen; Hochschule; Außen; Politische Bildung; Ökologie und Nachhaltigkeit; Transparenz und Öffentlichkeit; Kul-

tur; Gender).

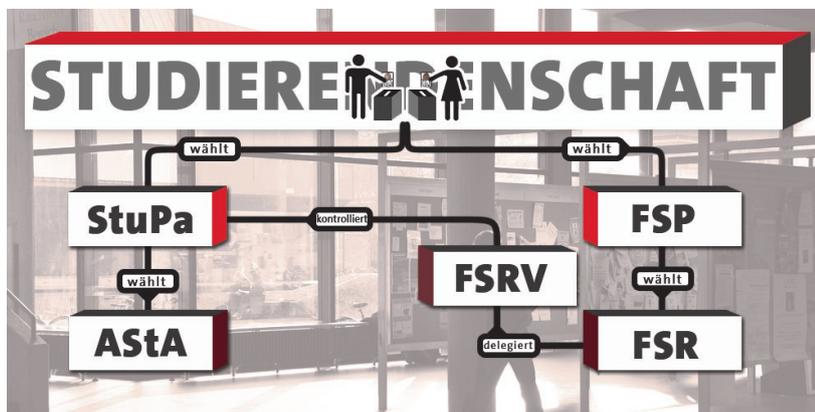
■ Einmischen auf Fakultätsebene

Dieses Prinzip von Parlament und Regierung findet sich ebenfalls auf Ebene der Fakultäten wieder. Dort stehen die Fachschaftsparlamente (FSP) zur Wahl, aus denen jeweils ein Fachschaftsrat (FSR) hervorgeht. Diese artikulieren die Interessen der Studierenden einer Fakultät gegenüber den Dozierenden, der dem Dekan_in und der Uni-Leitung. Weiterhin finden sich die Fachschaftsräte in der Fachschaftsräteversammlung (FSRV) zusammen, welche gegenüber StuPa und AStA

ordnungen, Einrichtung und Schließung von Studiengängen sowie die Verwaltung ihrer Finanzmittel. Die Fakultätsräte beschließen auch die Entwicklungspläne der Fakultäten und wählen eine Dekanin oder einen Dekan als Vorsitzende_n.

■ Der ehrwürdige Senat

Das Kollegialorgan auf zentraler Ebene ist der Senat. Er beschließt Ordnungen der Universität, die Entwicklungsplanung und den Gleichstellungsplan, allerdings im Einvernehmen mit dem Präsidium. Die Mitglieder des Präsidiums werden vom Senat vorgeschlagen und kontrolliert. Auch in den Stiftungsrat der Uni entsendet der Senat ein Mitglied. Den Vorsitz hat der die Unipräsident_in, die zusammen mit den Dekan_innen der einzelnen Fakultäten in beratender Funktion an den Senatsitzungen teilnimmt. Auch wenn die Studierenden in den Organen der akademischen Selbstverwaltung



eine Kontrollfunktion ausübt. An einigen Fakultäten, die verschiedene Studiengänge anbieten, gibt es noch weitere Untergliederungen – die Fachgruppen und ihre Sprecher_innen.

■ Und was sind Kollegialorgane?

Die ebenfalls zu wählenden Kollegialorgane der Uni bestehen aus 13 Mitgliedern und setzen sich aus verschiedenen Statusgruppen zusammen: sieben Professor_innen (also die Mehrheit) sowie jeweils zwei VertreterInnen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, dem technischen und Verwaltungsdienst und der Studierendenschaft. Für die Studierenden stehen nur die studentischen Vertreter_innen zur Wahl. Auf Ebene der Fakultäten heißen die Kollegialorgane Fakultätsrat und entscheiden über grundsätzliche Fragen der Forschung und Lehre. Konkret bestimmen sie über Berufungen und andere Personalfragen, die Zulassungs-, Prüfungs- und Studien-

in der Unterzahl sind, können sie aus ihrer Oppositionsrolle heraus die Entscheidungen von Senat und Fakultätsräten kritisch begleiten und Alternativen aufzeigen.

■ Hohes Stimmgewicht!

Anders als bei Bundes- oder Landtagswahlen hat bei den Hochschulwahlen jede_r Studierende weitaus größeren Einfluss. Mitunter entscheiden einzelne Kreuze auf dem Wahlzettel über Mehrheiten in den Gremien. Ein Grund mehr für dich, vom 22. bis 24. Januar die Chance auf Mitbestimmung zu nutzen! Falls ihr noch Fragen habt, spricht uns einfach an, benutzt das Kontaktformular auf unserer Webseite www.linke-kraft.de oder besucht uns auf www.facebook.com/JusoHSG.goe.